

Brüssel, den 14. November 2024
(OR. en)

15497/24

COH 65

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Stärkung der wichtigsten Vorteile der Kohäsionspolitik: Wie kann die geteilte Verwaltung der Kohäsionsfonds im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip künftig verbessert werden? – <i>Orientierungsaussprache</i>

Die für die Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister werden ersucht, auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) am kommenden 28. November, die der Kohäsionspolitik gewidmet ist, auf der Grundlage des in der Anlage wiedergegebenen Papiers des Vorsitzes über das Thema „Stärkung der wichtigsten Vorteile der Kohäsionspolitik: Wie kann die geteilte Verwaltung der Kohäsionsfonds im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip künftig verbessert werden?“ zu beraten.

Hintergrundpapier

für die der Kohäsionspolitik gewidmete Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten)

„Stärkung der wichtigsten Vorteile der Kohäsionspolitik: Wie kann die geteilte Verwaltung der Kohäsionsfonds im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip künftig verbessert werden?“

Die Kohäsionspolitik der EU ist gemäß dem Vertrag „für die umfassende Entwicklung und den dauerhaften Erfolg der Union wesentlich“ und hat sich als entscheidender Faktor für Wirtschaftswachstum, Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit und Integration erwiesen.

Die Kohäsionspolitik beruht auf den Grundsätzen der Partnerschaft, Subsidiarität, Mehrebenen-Governance und geteilten Mittelverwaltung, wodurch es den Mitgliedstaaten und Regionen ermöglicht wird, aktiv an der Umsetzung der Politik mitzuwirken, während die Rechenschaftspflicht auf verschiedenen Verwaltungsebenen gestärkt wird.

Durch die geteilte Mittelverwaltung werden die Mitgliedstaaten und Regionen gestärkt, indem ihnen bei der Planung und Programmierung der EU-Politik – und nicht nur bei ihrer Verwaltung und Umsetzung – eine Stimme gegeben wird und so ihre Eigenverantwortung in Bezug auf Projekte gestärkt und die Einbeziehung von Gemeinschaften gefördert wird. Durch diesen regionalen inklusiven Ansatz werden auf spezifische lokale Herausforderungen und Prioritäten zugeschnittene Antworten ermöglicht, wodurch die Maßnahmen der EU unmittelbar auf die Gemeinschaften zugeschnitten werden, denen sie dienen.

Im Rahmen der Beratungen über die Zukunft der Kohäsionspolitik haben viele Mitgliedstaaten und die Organe der EU wiederholt bekräftigt, dass das Modell der geteilten Mittelverwaltung als Kernelement beibehalten werden muss. Der Ausschuss der Regionen¹ spricht sich in seiner Stellungnahme zum Gegenstand nachdrücklich dafür aus, das Modell der geteilten Mittelverwaltung, die Mehrebenen-Governance und das Partnerschaftsprinzip als Leitsätze der Kohäsionspolitik nach 2027 beizubehalten, und betont zugleich, dass die Einbeziehung der lokalen und regionalen Interessenträger für die Wirksamkeit der Politik entscheidend ist. Die Kohäsionspolitik ist – wie im Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik² hervorgehoben – aufgrund des ortsbezogenen Ansatzes, bei dem verschiedenste Interessenträger aktiv eingebunden werden, wodurch sie dem Partnerschaftsprinzip entspricht, innerhalb der EU einzigartig. Diese partizipative Verfahrensweise ist von entscheidender Bedeutung, um auf territoriale Bedürfnisse einzugehen, Möglichkeiten zu erkennen und den Erfolg europäischer Kohäsionsprojekte zu verbessern.

Zudem hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)³ betont, dass nationale und EU-Mittel, die im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung ausgeführt werden, klarer und einfacher Regeln in Form einer einzigen Verordnung bedürfen. Der EWSA kommt zu dem Schluss, dass Bemühungen um Vereinfachung besonders wichtig sind, um sicherzustellen, dass der Rahmen für die geteilte Mittelverwaltung für Regionen mit begrenzten Verwaltungskapazitäten umsetzbar ist.

Durch die Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) entstand unlängst ein Instrument, das aufgrund der parallelen Umsetzung und der sich überschneidenden Unterstützungsbereiche mit der Kohäsionspolitik verglichen werden kann. Die ARF stellt ein alternatives Umsetzungsmodell dar, wenn auch ohne das gleiche Maß an regionaler Beteiligung wie die kohäsionspolitischen Fonds. Anders als bei kohäsionspolitischen Fonds erfordert die ARF keine Mehrebenen-Governance oder solide Beteiligung subnationaler Gebietskörperschaften, wie es der Europäische Rechnungshof in seiner Analyse von 2023⁴ beschrieben hat.

¹ „Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027“, Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen, angenommen am 29. November 2023.

² „Forging a sustainable future together: Cohesion for a competitive and inclusive Europe“ (Gemeinsame Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft: Kohäsion für ein wettbewerbsfähiges und inklusives Europa), Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik, Februar 2024.

³ „Aufbau- und Resilienzfazilität und Kohäsionspolitik: Auf dem Weg zur Kohäsionspolitik 2.0“, Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, angenommen am 20. September 2023.

⁴ Analyse 01/2023: EU-Finanzierung im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzfazilität: eine vergleichende Untersuchung.

Zudem stellt der sogenannte leistungsorientierte Ansatz der ARF ein weiteres Element für Überlegungen über die Zukunft der Kohäsionspolitik dar. Gleichwohl waren Leistungselemente immer Teil der Kohäsionspolitik, insbesondere seit ihrer Erneuerung in Richtung Ergebnisorientierung nach dem Barca-Bericht⁵. Während in den Partnerschaftsvereinbarungen die langfristige strategische Ausrichtung der Fonds festgelegt ist, werden in den Programmen einschlägige länderspezifische Empfehlungen sowie nationale oder regionale Strategien berücksichtigt, die Erfüllung horizontaler und thematischer grundlegender Voraussetzungen bewertet sowie gemeinsame und aggregierbare Indikatoren festgelegt, wodurch die Überwachung der Ergebnisse der Politik auf EU-Ebene auf transparente Weise sichergestellt wird. Darüber hinaus wurde bei der Politik ausführlich von der Anforderung Gebrauch gemacht, dass vereinfachte Erstattungsverfahren wie etwa vereinfachte Kostenoptionen und nicht an Kosten geknüpfte Finanzierungen evaluiert werden müssen und dass auf den Ergebnissen daraus aufgebaut werden muss.

Im Rahmen der Vorbereitungen der EU auf Beratungen über die Struktur des künftigen Haushalts, einschließlich der Kohäsionspolitik, wird auch die Bedeutung der geteilten Mittelverwaltung bei der Umsetzung der Politik erörtert. Gemäß den Politischen Leitlinien für die nächste Europäische Kommission, die von der designierten Präsidentin der Europäischen Kommission dargelegt wurden, soll der neue langfristige Haushalt eine vereinfachte Funktionsweise haben, indem er weniger Programme und einen Plan für jedes Land umfasst, entscheidende Reformen mit Investitionen zu verbinden. Dies könnte jedoch zu einer Verlagerung von der derzeitigen geteilten Mittelverwaltung hin zu einer zentralisierteren Verwaltung der EU-Instrumente, einschließlich kohäsionspolitischer Fonds, führen, wodurch es zu einer Restrukturierung der verschiedenen Bereiche der geteilten Mittelverwaltung (Programmplanung, Verwaltung und Kontrolle) mit potenziell erheblichen Auswirkungen auf Subsidiarität, Eigenverantwortung und Partnerschaft kommen könnte.

Der ungarische Vorsitz ist der Auffassung, dass die Wahrung der derzeitigen Merkmale der geteilten Mittelverwaltung der Kohäsionspolitik der EU auch die Wahrung der Grundwerte der Politik bedeutet. Aus diesem Grund sollten wir auch prüfen, wie diese Werte nach 2027 gestärkt werden können, sodass die Kohäsionspolitik ein wirksames Instrument bleibt, um Entwicklung zu fördern, lokale Akteure zu stärken und ein stärkeres, wettbewerbsfähigeres und stärker integriertes Europa aufzubauen.

⁵ „An Agenda For A Reformed Cohesion Policy: A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations“ (Eine Agenda für eine reformierte Kohäsionspolitik: Ein raumbezogener Ansatz für die Herausforderungen und Erwartungen der Europäischen Union), unabhängiger Bericht im Auftrag von Danuta Hübner, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Kommission, verfasst von Fabrizio Barca, April 2009.

In Anbetracht der vorstehend genannten Punkte ersucht der Vorsitz die Ministerrunde, die folgende Frage zu erörtern:

Wie kann die geteilte Verwaltung der Kohäsionsfonds im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip künftig verbessert werden?
